

SYRIZA kämpft mit den Institutionen

Griechenland ist heute mit fast 325 Mrd. Euro oder 177 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes verschuldet. Als die kapitalistische Krise Ende 2008 über das Land hereinbrach, wandte es sich an die EU, die zusammen mit dem IWF und der Europäischen Zentralbank ein 2010 Kreditprogramm („Memorandum“) auflegte, das Griechenland einen brutalen Sparkurs („Austerität“) aufzwang. Diese Politik der „schwäbischen Hausfrau“ führte zu einem Einbruch der Wirtschaft um gut 25%, einer Massenarbeitslosigkeit von 27%, einer Jugendarbeitslosigkeit von fast 60%, einem Rückgang der Löhne und Renten zwischen 30 und 50%, tausenden von Firmenpleiten, leerstehenden Gebäuden und Läden und einer überall sichtbaren sozialen Verelendung. Kurzum, sie war ein Fiasko!

2012 folgte das zweite Kreditprogramm, dessen letzte Tranche von 7,2 Mrd. Euro längst hätte ausgezahlt sein sollen, aber seit Mitte 2014 blockiert ist. Die Abwahl der den Institutionen aus der Hand fressenden konservativ-sozialdemokratischen Regierung unter Samaras/Venizelos und der Wahlsieg von Syriza haben eine neue Lage geschaffen, denn Syriza lehnt weitere Sparmaßnahmen ab. Die Vertreter der Institutionen wollen jedoch nicht einsehen, dass ihre Politik in Griechenland gescheitert ist und abgewählt wurde.

Troika: Erpressungen ohne Ende

Seit Mitte letzten Jahres wurden 15 Mrd. Euro an die Institutionen zurückgezahlt. Im Juni und Juli 2015 sind jeweils 6,8 Mrd., im August 4,2 Mrd., im September 3,0 Mrd. und im Oktober 1,9 Mrd. Euro fällig (Der Spiegel 17/2015), insgesamt für 2015 17 Mrd. Euro. Der Abfluss dieser Gelder würde die Krise in Griechenland weiter vertiefen und einen Aufschwung der Wirtschaft blockieren. Daher möchte die neue Regierung einen möglichst geringen „Primärüberschuss“ (Haushalt ohne Zinsen und Tilgung) durchsetzen, um Geld für die nötigsten sozialen Maßnahmen und für Strukturreformen zur Ankurbelung der Wirtschaft einsetzen zu können. Das ist der Sinn der Vorschläge des Finanzministers Prof. Varoufakis. Die Institutionen bestehen jedoch auf Steuererhöhungen, weiteren Deregulierungen des Arbeitsmarktes und weiteren Kürzungen bei den Renten. Die griechische Regierung hat zahlreiche Alternativvorschläge vorgelegt, die jedoch von den Vertretern der Institutionen vom Tisch gewischt worden sind. Gleichzeitig gibt es unzählige Erpressungsversuche von allen Seiten. Auch bestehen massive Meinungsverschiedenheiten zwischen IWF und EU-Kommission/EZB, weil der IWF wenig Verhandlungsbereitschaft zeigt. Inzwischen scheint sogar die Obama-Administration auf einen „vernünftigen“ Abschluss zu drängen. Denn für die USA hat Griechenland erhebliche strategische Bedeutung (Balkan, Naher Osten, Russland).

Schuldenschnitt jetzt!

Dennoch ist ein „Grexit“ oder „Grexident“ durchaus möglich. Dieser würde zu einem Zusammenbruch der Banken, einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und auch einer massiven Erschütterung der Finanzmärkte führen; denn dort werden



weiterhin milliarden schwere CDS (Kreditausfallversicherungen) gehalten, die dann fällig würden. EZB und Euro-Gruppe könnten das Problem aus der Welt schaffen, indem sie die Kredite Griechenlands beim IWF einfach ablösen und entweder einen Schuldenschnitt durchführten oder aber (wegen der Bankbilanzen) die Fälligkeit bei minimalen Zinsen auf 50 Jahre hinausschieben, was praktisch auf dasselbe hinausläufe. Durch ihren Kauf von Staatsanleihen einiger Euro-Staaten befindet sich die EZB längst auf diesem Weg; nur Griechenland wurde auf Drängen konservativer Regierungen von dieser Möglichkeit ausgeschlossen.

In Griechenland arbeitet seit gut zwei Monaten eine Kommission des Parlamentes, die die Herkunft der Schulden untersuchen und die „illegitimen Schulden“ feststellen soll, die durch Gesetzesverstöße oder Bestechung zustande gekommen sind. Vor allem in den Bereichen der Rüstung und der Großbauten (Flughäfen, Autobahnen, Olympia) haben deutsche und französische Unternehmen Millionen „investiert“, um an Aufträge zu kommen. Ein erster Zwischenbericht ihrer Arbeit wird in Kürze erscheinen.

Angesichts der Erpressungsmanöver hätte die von Alexis Tsipras geführte Regierung die Möglichkeit, das Volk neuerlich an die Urnen zu rufen, um eine Art Referendum über die Regierungspolitik und die Forderungen der Institutionen abzuhalten. Nach allen Umfragen würde Syriza eine solche Wahl gegenwärtig haushoch gewinnen.

Schluss mit der Austeritätspolitik – das griechische Volk hat schon genug gelitten!

Die Erpressungspolitik von IWF, EZB und Eurogruppe muss aufhören!

Freigabe der Kredite, Umschuldung und Schuldenschnitt sofort!

Stand 12. Juni 2015

Euro: Drinnen bleiben oder rausgehen?

Was wollen die Griechen?

In den bundesdeutschen Medien wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die übergroße Mehrheit der GriechInnen für den Verbleib Griechenlands im Euro ist. Schlagzeilen in deutschen Medien, in denen es heißt „Regierungspartei Syriza unter Druck“, „Nur wenige glauben noch der Regierung“ sollen den Eindruck vermitteln, dass alsbald die Menschen in Griechenland gegen Syriza aufbegehren würden und letztendlich Syriza gar nichts anderes übrig bleibt, als gegenüber den Forderungen der Gläubiger zu kapitulieren.

dass wir aus dem Euro rausgehen?“ ist die Reaktion deutlich gespalten.“

Tatsächlich ergab dieselbe Umfrage, dass 58% der Befragten von der griechischen Regierung verlangen, keine Zugeständnisse an die Institutionen der Gläubiger (EU-Kommission, EZB und IWF) zu machen, während 37% zu Zugeständnissen bereit sind. Nur wenige Befragte sind allerdings bereit, die Gesamtheit der bisher von den Gläubigern geforderten Maßnahmen zu akzeptieren: 89% lehnen Kürzungen regulärer Renten ab, 79% lehnen die Kürzung von

Zusatzrenten ab, 81% lehnen es ab, die Beschränkungen von Massentlassungen aufzuheben.

Die eher seriöseren Meinungsumfragen, die auf vernünftige Art und Weise die Fragen stellen, ergeben nach Meinung von Stathis Kouvelakis drei ungefähr gleichgroße Blöcke. Ein Drittel, die Rechte, sagt: „Die Regierung sollte um jeden Preis ein Übereinkommen mit der EU anstreben“. Ein anderes Drittel, die Linke, sagt: „Keine Kapitulation. Die Regierung muss standhaft bleiben.“ Und dann gibt es ein Drittel, das Ja sagt zu einer „ehrenhaften Übereinkunft“. Das entspricht in etwa der Rhetorik der Regierung. Das Problem aber ist: Es gibt keinen Platz für „ehrenhafte Übereinkünfte“.

Zum Tangotanz braucht man aber immer zwei Personen. Die EU-Mächtigen wollen aber keinen Kompromiss mit der griechischen Regierung, sondern deren vollständige Unterwerfung.

Es ist schwer vorherzusagen, wie die griechische Bevölkerung im Falle eines Referendums über ein konkretes, von den Institutionen der Gläubiger vorgelegtes Maßnahmenpaket abstimmen würde. Von zentraler Bedeutung für diese Entscheidung ist, dass die führenden Politiker von Syriza die Diskussion über notwendige Alternativen und einen möglichen Austritt Griechenlands aus dem Euro nicht weiterhin mit dem Verweis auf angeblich erfolversprechende Verhandlungen in den Hintergrund drängen, sondern diese Diskussion offensiv führen.

Wenn da auch ein gehöriges Maß an Propaganda mitschwingt, so ist es nichts desto trotz richtig, dass momentan die Mehrheit der Menschen in Griechenland einen weiteren Verbleib im Euro wünscht. In einer Umfrage im Mai sprechen sich 71% für die Beibehaltung des Euro und nur 19% für eine Rückkehr zur Drachme aus. Aber so einfach ist die Sache nicht. Stathis Kouvelakis vom linken Syriza-Flügel stellt dazu fest: „Alles hängt davon ab, wie man die Frage stellt. Auf die Frage `Willst du weiter im Euro bleiben` bekommst du von 60 bis 65 Prozent ein deutliches JA. Fragt man aber: `Willst du im Euro bleiben, wenn es ein neues Memorandum gibt oder willst Du von den Memoranden wegkommen, selbst um den Preis,